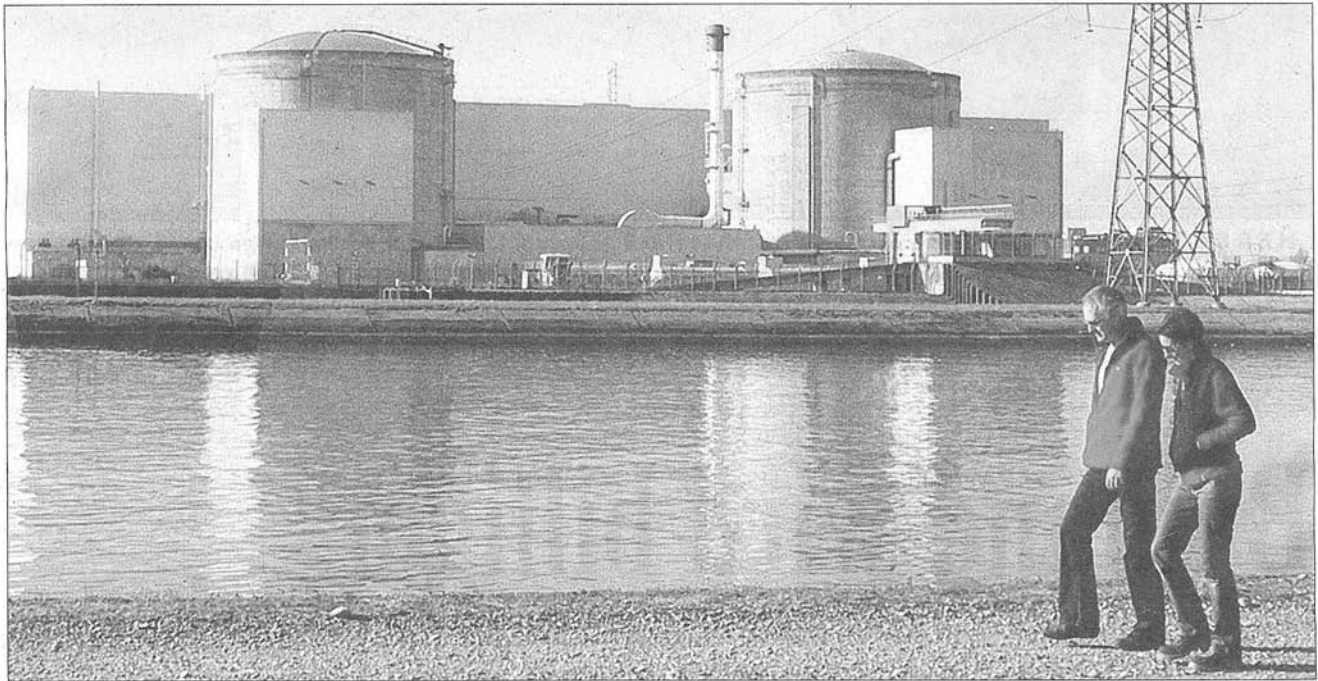


Ein Schritt, der nicht allen reicht

Landrat Walter Schneider und Vertreter der Kreistagsfraktionen waren zum Informationsaustausch im Atomkraftwerk Fessenheim



Der Stromkonzern EDF versucht, die Akzeptanz für das AKW Fessenheim zu verbessern.

FOTO: BERND MICHAELIS

VON UNSEREM REDAKTEUR
MICHAEL BAAS

LÖRRACH/FESSENHEIM. Der Stromkonzern Electricité de France (EDF) arbeitet in der Region an einem besseren Image des Atomkraftwerks Fessenheim. Diese „Charme-Offensive“ führte dieser Tage auch Landrat Walter Schneider mit Vertretern der Kreistagsfraktionen ins AKW. An den unterschiedlichen Bewertungen der Atomenergie dies- und jenseits des Rheins

änderte das – wie zu erwarten – zwar nichts; gleichwohl anerkennen alle beteiligten Kreisräte das Bemühen des AKW-Managements um Direktor Jean-Philippe Bainier, die grenzüberschreitende Kommunikation zu verbessern.

Lässt sich Atomkraft als Brückentechnologie nutzen, um alternative Techniken für Kohle, Öl und Gas weiter zu entwickeln? Hierzulande schwelt diese Frage derzeit eher im Untergrund der politischen Diskussionen; Frankreich hat sich dagegen

längst festgelegt: auf Atomkraft. Aus Sicht der EDF soll dabei auch der 1977 in Betrieb genommene Reaktor Fessenheim weiter eine Rolle spielen – zumal dieser abgeschrieben ist und damit wirtschaftlich lukrativ. Entscheidende Hürde für die weitere Nutzung ist nun die in Frankreich übliche Zehn-Jahres-Revision; für Fessenheim stehen diese 2009 und 2010 an. Bestehen die Reaktorblöcke diese technische Überprüfung verlängert sich die Laufzeit um zehn Jahre. Mit Investitionen zwischen 60 und 80 Millionen Euro will

die EDF das Kraftwerk daher auf Vordermann bringen und unter anderem die Erdbebensicherheit verbessern.

Gerade Letztere wurde auf der badischen Seite des Rheins und auch in der Nordwestschweiz zuletzt wiederholt bemängelt; sie macht das AKW Fessenheim für viele zum unkalkulierbaren Risiko.

Hier setzt unter anderem auch die Forderung des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS) an, dieses stillzulegen. Herbert Baier, Vertreter der SPD beim Vor-Ort-Termin in Fessenheim, sieht in der Reaktion der EDF denn auch eine indirekte Bestätigung dieser Positionen. Doch auch wenn der Konzern nun in puncto Sicherheit offenbar nachbessern wolle, bleibe er skeptisch. Ihn habe der Besuch in Fessenheim sogar darin bestärkt, „so schnell wie möglich von dieser Atomenergie loskommen“, so Baier

Das AKW Fessenheim bleibe ein Sicherheitsrisiko, stellt auch der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Josha Frey, fest.

Er moniert in einer Pressemitteilung „eine erstaunliche Blauäugigkeit“ bei der EDF. So beschreibe Bainier das AKW zwar als „Anlage mit Risiken“, versichere aber zugleich, dass der Konzern diese alle im

Griff habe. Indes werde zum Beispiel die Gefahr des Wassereinbruchs vom Rheinseitenkanal aus unterschätzt. Auch die ungeklärte Entsorgung des Atommülls spreche fundamental gegen das AKW. Frey fordert daher, dass der trinationale Eurodistrict alle „Mittel in Bewegung“ setzen müsse, bis zur Allianz mit TRAS, um dessen Abschaltung zu erreichen.

„Beruhigter als vorher“ zeigt sich dagegen Wolfram Müller (Freie Wähler). Zwar berge die Atomenergie immer ein Restrisiko und die offene Endlagerfrage sprich auch für ihn langfristig für den Ausstieg; kurz- und mittelfristig aber sei dieser unrealistisch. Zudem mache das Management in Fessenheim einen „hochprofessionellen Eindruck“ und mühe sich sichtbar um „mehr Transparenz“ als bisher.

„Diese Entwicklung ist positiv“, stellt Müller denn auch fest.

„Offensichtliche Fortschritte in der Informationspolitik“ und eine Bereitschaft, Störfälle unmittelbar grenzüberschreitend zu kommunizieren, stellt auch Paul Renz fest. Der Vertreter der CDU geht denn auch am deutlichsten auf Distanz zur Forderung, Fessenheim schnellstmöglich stillzulegen – zumal die CDU national auf längere Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke setze, eine Linie, die zumindest eine gewisse Schnittmenge mit der französischen habe. Eine Haltung, die auch der Fraktionsvorsitzende der FDP, Fritz Gerbel, teilt, obwohl er nicht am Vor-Ort-Termin teilgenommen hat. Zwar habe auch er Bedenken gegen die Atomenergie – vor allem wegen der ungelösten Endlagerfrage. Doch bevor weitere „Kohle-Dreckschleudern“ (Gerbel) gebaut würden, befürworte auch er eine intensivere Nutzung der Atomkraft.